

Kremer, Anna

Article

Historische Zusammengehörigkeit und regionale Identität

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kremer, Anna (2025) : Historische Zusammengehörigkeit und regionale Identität, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 32, Iss. 1, pp. 8-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313404>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Anna Kremer*

Historische Zusammengehörigkeit und regionale Identität

Regionale Zugehörigkeit beeinflusst, ob Menschen wählen gehen und ob sie sich in Vereinen oder ehrenamtlich engagieren. Damit prägt sie unsere Gesellschaft. Die Bundesländer haben dabei eine geringere identitätsstiftende Rolle als der Nationalstaat oder die Kommunen. Ob dies durch die Zuschnitte der Länder bedingt ist, welche in vielen Fällen nach dem Zweiten Weltkrieg historisch wenig kohärent waren und die sogenannten „Bindestrich-Länder“ produziert haben, wird im vorliegenden Beitrag untersucht.

EINLEITUNG

Umfragen zeigen, dass sich Bürger*innen in Deutschland am stärksten (39%) mit ihrer Kommune identifizieren, gefolgt von der Identifikation mit dem Bund (32%). Dagegen fühlen sich nur 11% der Befragten den Bundesländern zugehörig (Berger et al. 2016), obwohl deren politische Rolle einer relativen Mehrheit der Bevölkerung als vorteilhaft erscheint (Köcher 2021).

Sturm (2016) führt als Hintergrund für die geringe Länderidentität an, dass die meisten Bundesländer zu groß sind. Dies kann in Betracht der größeren Zugehörigkeit zu Deutschland allerdings in Frage gestellt werden. Petersen (2019) dagegen spekuliert, ob die zunächst geringe Zustimmung zur politischen Funktion der Bundesländer in einer Befragung im Jahr 1952 an den historisch inadäquaten Zuschnitten durch die Alliierten liegt. Obwohl Artikel 29(1) GG definiert, dass bei der Gebietsgliederung „[...] die landsmannschaftliche Verbundenheit, die *geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge*, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen [sind]“ (Hervorhebungen der Autorin), ist doch fraglich, ob diese Zusammenhänge bei der Grenzziehung der Bundesländer durch die Alliierten ausreichend berücksichtigt wurden.

Denn eine passende Gliederung Deutschlands verursachte schon 1919 Hugo Preuß Kopfzerbrechen, welcher versuchte, die Weimarer Republik in 14 gleich große Gebiete aufzuteilen (Schmid 2014). Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel dann den Alliierten diese Aufgabe zu, als sie innerhalb ihrer Besatzungszonen die Länder gründeten. Dabei wurden alte Landes- und Provinzgrenzen zwar berücksichtigt, allerdings wurden viele historische Gebiete zusammengefasst und Länder konnten nicht über Besatzungszonengrenzen hinweg gegründet werden (Schmid 2014). Somit kam es zu höchst unterschiedlichen Gebilden: Während Hamburg oder Bayern in ihren Vorkriegsgrenzen Bestand hatten, handelte es sich bei Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen um Zusammenschlüsse (Bundestag 2014). Rheinland-Pfalz gar sah sich „als Land aus der Retorte, bestehend aus Landesteilen, die sich niemals binden wollten“ und Hessen „[musste] sich damit arrangieren, dass Gebiete links des Rheins verloren [waren]“ (Bundestag 2014). Das heutige Baden-Württemberg ist als Sonderfall zu sehen, da es 1952

aus den drei „willkürlich geteilten“ (Bundesrat 2019) Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden besatzungszonenübergreifend neu gegründet wurde. Auch hier spielte in den Verhandlungen der Neugründung Baden-Württembergs die historische Zugehörigkeit eine Rolle, da „die Badener fürchte[te]n, von den Schwaben dominiert zu werden und umgekehrt“ (Bundesrat 2019). Dennoch wurde mit einer Mehrheit von fast 70% im Folgenden das Land Baden-Württemberg in einem Volksentscheid bestätigt.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden bereits 1952 die 1945 gegründeten Länder durch die Gründung von Bezirken bedeutungslos. Die Länder wurden dann 1990 für die Wiedervereinigung wiedergegründet (Blume und Würz 2024), wobei die Grenzziehung erneut einige Schwierigkeiten bereitete (mrd 2022 und Besser-Seuß 2022).

BUNDESLAND-IDENTITÄTEN

Beim Vergleich der Identifikation zwischen den Bundesländern (vgl. Abb. 1) fällt auf, dass die Bürger*innen der verschiedenen Länder sich unterschiedlich stark mit ihrem Bundesland verbunden fühlen. Spitzenreiter für die Identifikation sind Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Eine etwas geringere, aber dennoch recht starke Identität stiften Sachsen, Thüringen, Berlin und Baden-Württemberg. Am wenigsten zugehörig fühlen sich die Einwohner*innen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Dabei fällt geografisch auf, dass sich die Bundesländer mit der geringsten Identifikation eher im Norden und der Mitte Deutschlands, aber nicht an der Ostsee befinden.

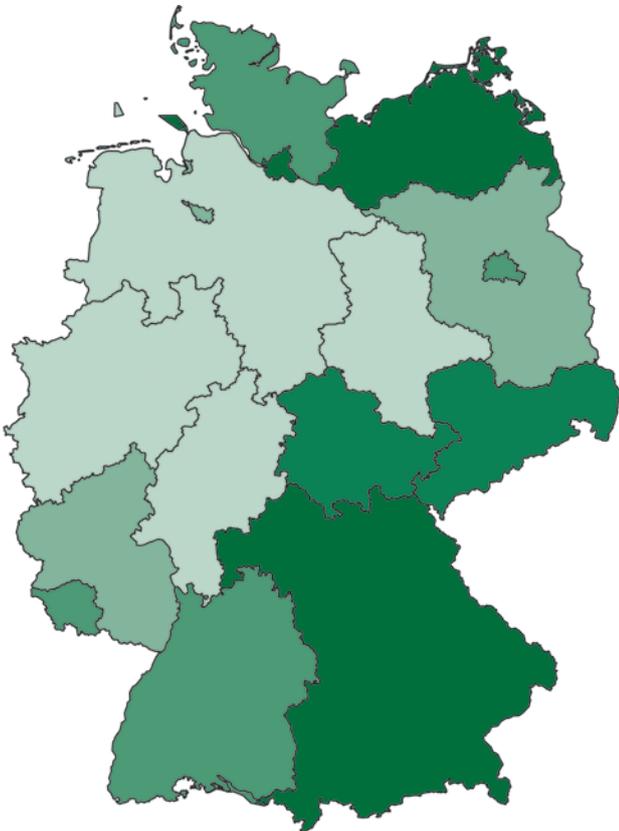
MASS FÜR HISTORISCHE ZUSAMMENGEHÖRIGKEIT

Im Folgenden soll untersucht werden, ob die heutige Identifikation der Bürger*innen mit ihrem Bundesland durch historische Grenzziehung beeinflusst wird. Dabei ist die Hypothese, dass ein Bundesland-Zuschnitt, welcher weniger verschiedene historische Gebiete zusammenfasst, eine stärkere regionale Identifikationskraft hat.

* Anna Kremer ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Identifikation mit dem Bundesland, gemessen auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 4 (stark verbunden)

■ 2,7078 bis 2,8041 ■ 2,8041 bis 2,9004 ■ 2,9004 bis 2,9966
 ■ 2,9966 bis 3,0929 ■ 3,0929 bis 3,1892



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Das genutzte Maß erfasst, wie stark die Kreise in allen Bundesländern seit 1820 jeweils in historischen Gebieten zusammengehört haben (vgl. Abb. 2). Als historische Gebiete werden hier die Klein- und Mittelstaaten (inklusive der preußischen Provinzen) vor 1918, die 17 in der Weimarer Republik gegründeten Länder sowie die Besatzungszonen und Bundesländer betrachtet. Dabei ist der höchste Wert erreicht, wenn sich der Bundeslandzuschnitt seit 1820 kaum verändert hat, wie bspw. in Bayern. Das Königreich Bayern seit 1820 bzw. der Freistaat Bayern von 1918-1945 stimmen vom Grenzverlauf mit dem heutigen Bundesland überein.¹ Das Maß der Zugehörigkeit wird kleiner, je mehr und kleinere regionale historische Gebiete es früher auf der Fläche des heutigen Bundeslandes gab. Das Maß wird anhand von historischen Karten und den Grenzverläufen berechnet (s. a. Kremer 2022).

SCHÄTZUNG DES ZUSAMMENHANGS

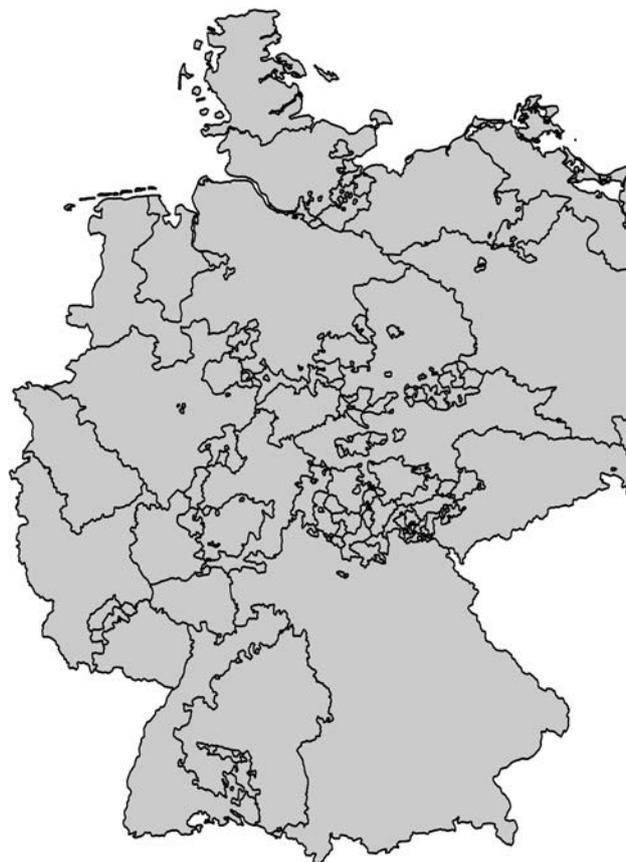
Der Zusammenhang zwischen historischer Zusammengehörigkeit und heutiger Bundesland-Identität wird mit Daten aus der ALLBUS-Umfrage (1980-2021) untersucht. Diese „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ befragt alle zwei Jahre in Deutschland eine Zufallsstichprobe zu Einstellungen und Verhaltensweisen. Hierbei wurden in den Jahren 1991,

2000, 2008 und 2016 gefragt, „wie stark Sie [die Befragten] sich verbunden fühlen mit Ihrem Bundesland und seinen Bürgern“. Antworten wurden auf der Skala „gar nicht verbunden, wenig verbunden, ziemlich verbunden, stark verbunden“ gegeben (GESIS 2024). Diese Einschätzung bildet die unabhängige Variable der Schätzung. Die Einschätzung wird durch die Variable der historischen Zusammengehörigkeit erklärt. Analog zur Untersuchung von Gäbler und Kellermann (2020)² werden dabei die folgenden Kontrollvariablen verwendet:³ Geschlecht, Alter, Arbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen, Familienstatus, Sekundärbildung und ein Dummy für Ostdeutschland⁴ sowie die Jahre der jeweiligen Befragung.

Eine Geordnete Logistische Regression (vgl. Infobox) findet dabei einen positiv signifikanten Effekt einer längeren historischen Zusammengehörigkeit auf die Identifikation in den Jahren 1991, 2000, 2008 und 2016. Dies bestätigt die Hypothese, dass Länder, die historisch kohärentere Bundesland-Grenzen aufweisen, eine stärkere Identität stiften.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass Frauen sich geringer mit ihrem Bundesland identifizieren und Ältere stärker als Jüngere. Ein höheres Einkommen wirkt sich positiv aus, während Arbeitslosigkeit einen negativen Effekt hat. Für Familien- und Bildungsstatus ist kein klares Muster zu erkennen. Referenzkategorien sind hier Verheiratete und Menschen ohne beruflichen Abschluss. Des Weiteren zeigt die Analyse, dass in Ostdeutschland die Bundesland-Identität stärker ist und über die Zeit tendenziell wächst.

Abb. 2
Historische Grenzen im Jahr 1820



Quelle: Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Infobox: Geordnete Logistische Regression

Die Geordnete Logistische Regression ist ein statistisches Modell, das verwendet wird, wenn man ein geordnetes, aber diskretes Ergebnis beschreiben möchte. Die Abstufung der Identifikation auf einer Skala von 1 bis 4 (nicht verbunden bis stark verbunden) ist dabei ein klassisches Beispiel. Die Werte sind dabei in einer Reihenfolge, aber die Abstände zwischen den Kategorien sind nicht unbedingt gleich groß und es können keine echten Durchschnittswerte berechnet werden. Die Geordnete Logistische Regression schätzt die Wahrscheinlichkeiten, dass ein Ergebnis in einer bestimmten Kategorie oder niedriger liegt.

Um die Robustheit des Zusammenhangs zu prüfen, wurde außerdem eine Regression ohne die Stadtstaaten geschätzt. Diese könnten die Korrelation verzerren, da hier anders als bei den Flächenländern die kommunale und die Länderidentität gleich sein sollten und die kommunale Identität in Deutschland tendenziell stärker ist. Außerdem wurde eine weitere Regression berechnet, welche die Zugehörigkeit der Kreise der letzten 34 (Ost) bzw. 75 (West) Jahre herausrechnet, da diese auf den Bundesland-Grenzen beruhen. In beiden Schätzungen bleiben die Ergebnisse qualitativ dieselben.

IMPLIKATIONEN EINER GERINGEN KOMMUNALEN ODER LÄNDERIDENTIFIKATION

Eine geringere Identifikation mit dem eigenen Bundesland oder der Kommune hat Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben. So zeigen Gäbler und Kellermann (2020), dass die Unsicherheit bezüglich der Länderzuschnitte im Jahr 1990 die Wahlbeteiligung bei den folgenden Landtagswahlen reduziert haben. Sie zeigen außerdem, dass Bürger*innen in Regionen, bei welchen unklar war, welchem Land sie zugeteilt werden würden, sich weniger mit dem zugewiesenen Land identifizieren. Der geringere Wunsch, politische Entscheidungen mitzugestalten, rührt mutmaßlich hierher.

Über die Wahlbeteiligung hinausgehend zeigen Förtsch et al. (2019) für die lokale Ebene, dass kommunale Identität nicht nur mit einem größeren Politikinteresse und einer geringeren Populismusneigung einhergeht, sondern auch, dass Bürger*innen, die sich stärker mit ihrem Ort identifizieren, sich öfter in Vereinen und ehrenamtlich engagieren.

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, dass die geringe Identifikation der Bürger*innen mit ihren Bundesländern teilweise auf die Grenzziehung der Länder nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist. Dabei wurden nicht alle historischen Gebiete erhalten und darüber hinaus wurden Regionen zu den sogenannten „Bindestrich-Ländern“ zusammengefasst. Eine empirische Untersuchung zeigt, dass die Identifikation mit dem Bundesland größer ist, je größer die historische Zusammengehörigkeit der Kreise im Land ist.

Ob Bürger*innen sich mit ihrem Ort oder ihrer Region identifizieren, hat Auswirkungen etwa auf ehrenamtliches Engagement oder die Wahlbeteiligung, wie andere Autor*innen gezeigt haben.

Tab. 1

Zusammenhang der angegebenen Variablen mit der Länderidentität

Effekt auf Länderidentität	
Historische Zusammengehörigkeit	++
Männer	Referenz
Frauen	--
Alter	++
Familienstatus:	
verheiratet	Referenz
getrennt lebend	--
geschieden	+
verwitwet	+
Lebenspartnerschaft	+
Lebenspartnerschaft aufgehoben	++
Arbeitslosigkeit	--
Haushaltseinkommen	++
Bildungsstand:	
Kein Abschluss	Referenz
Volks-, Hauptschule	++
Mittlere Reife	++
Fachhochschulreife	++
Hochschulreife	++
Anderer Abschluss	++
Noch Schüler*in	+
West	Referenz
Ost	++
1991	Referenz
2000	+
2008	++
2016	++
Zahl der Beobachtungen	10 185

Anmerkung: Dargestellt ist der Zusammenhang der angegebenen Variablen mit der Länderidentität. Dabei stellt ++ einen positiv signifikanten und + einen positiv insignifikanten Effekt dar. Damit erhöht sich die Länderidentität wenn sich die entsprechenden Variablen statistisch vergrößern. Umgekehrt ist -- ein negativ signifikanter und - ein negativ insignifikanter Effekt, also eine statistische Reduktion der Länderidentität bei einer Erhöhung dieser Variablen. Der Referenzwert ist als Null zu lesen, die anderen Variablen stehen in Relation zu ihm. Bspw. haben getrennt lebende Bürger*innen statistisch gesehen eine niedrigere Länderidentität als Verheiratete.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

LITERATUR

Besser-Seuß, A. (2022), Wie um die neuen Bundesländer gefeilscht wurde, mdr.de, 19. August 2022, Download unter <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/wiedervereinigung/bundeslaender-sachsen-sachsen-anhalt-thueringen-100.html>.

Blesse, S., M. Berger, F. Heinemann und E. Janeba (2017), „Föderalismuspräferenzen in der deutschen Bevölkerung“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 18 (02), S. 145–158, Download unter <https://doi.org/10.1515/pwp-2017-0007>.

Blesse, S. und F. Roesel (2019), „Merging County Administrations – Cross-national Evidence of Fiscal and Political Effects“, Local Government Studies, 45 (05), S. 611–631.

Blume, D. und M. Würz (2024), Länder, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Download unter <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/neuanfaenge/laender.html>.

Bundesrat (Hrsg.) (2019), Die Neugründung der Länder, Bundesrat, Download unter <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/texte/19/20190815-br-70-neugruendung-der-laender.html>.

Förtsch, M., F. Rösel und M. Thum (2019), Stärkung kommunaler Identität, Gutachten, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Fritz, B. und L. P. Feld (2015), The Political Economy of Municipal Amalgamation - Evidence of Common Pool Effects and Local Public Debt, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 15/10.

Gäbler, S. und K. L. Kellermann (2020), Administrative Areas and Regional Identity Formation: The Case of East Germany. Available at SSRN 4569608.

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.) (2024), Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS - Kumulation 1980-2021. GESIS, Köln. ZA5284 Datenfile Version 1.1.0, <https://doi.org/10.4232/1.14333>.

Köcher, R. (2021), Flickenteppich versus Bürgernähe, Download unter https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Mai_2021_Foederalismus.pdf.

MDR (Hrsg.) (2022), Auflösung der DDR-Bezirke: Streitfälle bei Ländergründung, mdr.de (4. Februar 2022), Download unter <https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/streitfaelle-Laendergruendung-ddr100.html>.

Schmid, S. (2014), Deutscher Bundestag - Neue Länder nur durch Volksentscheid, Deutscher Bundestag, 2. März 2014, Download unter https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/48176936_kw06_grundgesetz_29-214132.

Sturm, R. (2016), „Regionale politische Kulturen im deutschen Föderalismus“, in Werz, N. und M. Koschkar (Hrsg.), Regionale politische Kultur in Deutschland, Springer Fachmedien, Wiesbaden.

-
- 1 Zusätzlich gehörte auch der Regierungsbezirk Pfalz zu Bayern, grenzte aber nicht direkt an das Territorium an.
 - 2 Diese betrachten den Einfluss der mancherorts unklaren Gliederung der Länder in Ostdeutschland 1990 auf die Identifikation mit den späteren Ländern.
 - 3 Damit ihr Einfluss den Zusammenhang zwischen Identität und historischer Zusammengehörigkeit nicht verzerrt.
 - 4 Die Autorinnen nutzen zusätzlich noch das Quadrat des Alters der Befragten in ihrer Spezifikation. Dieses wird hier weggelassen, da es in dieser Spezifikation keine Vorteile bringt.